zierten — zweifellos eine Form des passiven Widerstands —, wurden öffentlich denunziert, „die legale Basis für ihre antinationalen und antidemokratischen Ziele auszunutzen. Es hat sich der Zustand her aus gebildet, daß einige dieser Leute zwar bei zentralen Beratungen den getroffenen Ver einbar un gen zustimmten, aber dann in den Ländern, Kreisen oder Orten die gegenteilige Auffassung vertraten*¹.“ In der Tat wurde die SED politisch bloßgestellt, wenn der erzwungene Schein von der Einheit aller Block-Parteien durch oppositionelle Kräfte in den bürgerlichen Parteien fortwährend als Lüge entlarvt wurde.

Die harten, obschon mit überaus ungleichen Waffen ausgefochtenen Auseinandersetzungen zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien im Jahre 1950 erklären sich nicht zuletzt aus der während der Durchführung des Zweijahrplans forcierten Sozialisierung in der SBZ. Kommunistischen Statistiken zufolge war der Anteil der „volkseigenen“ Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion bis 1950 auf 76,5 Prozent gestiegen. Der Anteil des „sozialistischen“ Sektors am Sozialprodukt überhaupt belief sich 1950 bereits auf 59,4 Prozent. Mit der Gründung der „DDR“ hatte die sowjetische Besatzungsmacht die kommunistische Herrschaft in der SBZ politisch institutionalisiert und nicht versäumt, auch die ökonomischen Machtpositionen der SED, die ihre Diktatur untermauerten, systematisch auszubauen. Die Entwicklung zur Volksdemokratie hatte ein entscheidendes Stadium erreicht. „Gestützt auf die neue Qualität, die die Staatsmacht durch die Gründung der DDR erhalten hatte, konnte nunmehr der Prozeß des Hinüberwachsens der demokratischen in die sozialistische Etappe der Revolution in ein neues Stadium treten^{91 92}.“ Unter diesem Gesichtswinkel bedeutete der Kampf der bürgerlichen Parteien für freie Wahlen ein letztes legales Aufbegehren nicht nur gegen ihre eigene völlige Gleichschaltung, sondern darüber hinaus gegen die Umwandlung der „DDR“ in einen von der Bundesrepublik Deutschland separierten Satelliten-Staat der Sowjetunion. In der Tat hätte dem entgegen gewirkt werden können, wenn es der CDU und der LDP gelungen wäre, die Kommunisten in freien Wahlen zu stellen und die Illegitimität ihres Herrschaftsanspruchs zu beweisen. Da sich die SED stets als Vollzugsorgan der Besatzungsmacht erwiesen hatte, wäre ein Votum gegen die SED zudem einer Entscheidung gegen die auf die Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der Sowjetunion gleichgekommen.

91 *Walter Ulbricht* „Klärung bedeutet Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, in „Zur Geschichte . . . Bd. II“, S. 627.

92 *Stefan Doernberg* „Die Geburt eines neuen Deutschland“, S. 124.